



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24881 - 83  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/53 - 5. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1.	Botschafter des guten Willens Willy Brandt kehrt nach Berlin zurück	32
2 - 3	Algerien und die französische Kriegspartei Tunesische Vermittlungsangebote - Wird de Gaulle verhandeln?	97
4	Otto Hahn achtzig Jahre alt Der Nestor der Kernforschung erlebte den Mißbrauch seiner Entdeckung	35
5 - 6	Jugendkriminalität und Publizistik Eine bemerkenswerte Tagung der Arbeiterwohlfahrt	104
7	Was hat Herr Dr. Schröder zu verbergen? Von W. Jansen	50

\* \* \*  
\* \* \*

5. März 1959

Botschafter des guten Willens

sp - Wenn Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von Berlin, in die ihm anvertraute Stadt von seiner Weltreise zurückkehrt, kann er auf eine große Leistung zurückblicken. Er hat in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Japan, Burma, Pakistan und Indien mit Takt und Festigkeit den Willen des freien Deutschland dargelegt, mit friedlichen Mitteln einen Beitrag zur Überwindung der Ost-West-Spannung zu leisten und dadurch auch die Freiheit der Stadt Berlin zu sichern. Überall, wo Willy Brandt auftrat, ist man ihm mit Achtung und Sympathie begegnet.

Der Sozialdemokrat Willy Brandt hat bei den vielen Gesprächen, die er mit namhaften Politikern und Staatsmännern führen konnte, stets darauf hingewiesen, daß bei aller Festigkeit, die notwendig ist, um vom Westen her den unberechtigten Forderungen der Sowjets zu begegnen, die Berlin-Frage nicht isoliert lösbar ist, sondern in Zusammenhang mit der Regelung des Deutschland-Problems und der europäischen Sicherheit gesehen und verhandelt werden muß.

Auch dort, wo aus naheliegenden Gründen diese Zusammenhänge zuweilen nicht klar überschaubar waren, hat Willy Brandt seine Gesprächspartner davon überzeugen können, daß mit den Bemühungen um die Lösung des Berlin- und Deutschland-Problems nicht ein auf nationale Interessen begrenztes Anliegen vertreten wird. Er hat deutlich gemacht, wie sehr das Schicksal Berlins und Deutschlands im engen Zusammenhang mit dem Schicksal Europas und der Erhaltung des Weltfriedens steht.

Bei seiner Rückkehr nach Berlin wird Willy Brandt sofort mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer zusammentreffen, der sich an diesem Wochenende aus Anlaß einer zentralen Frauentagung der SPD in der deutschen Hauptstadt aufhält.

Die Gespräche dieser beiden Männer sind gerade in dieser Situation, da die Bundesregierung die eigene Initiative zur Auflockerung der Ost-West-Verkrampfung vermissen läßt, bedeutsam. Der Beitrag zu den Aufgaben der deutschen Politik, den Willy Brandt jetzt, nachdem er im Ausland so stark gehört wurde, gemeinsam mit seinen politischen Freunden für Deutschland leisten kann, dürfte beachtlich sein.

5. März 1959

### Algerien und die französische Kriegspartei

Paris, Anfang März 1959

x x x - "Schließt Frieden in Algerien und ihr könnt in Bizerta bleiben" - das ist das sensationelle Angebot des tunesischen Präsidenten an die französische Regierung. Burgiba macht hier vom arabischen Standpunkt ein sehr schwerwiegendes und weittragendes Zugeständnis: die Franzosen sollen in dem unstrittenen tunesischen Hafen ihren Militär-Stützpunkt behalten, wenn sie mit den algerischen Nationalisten zu einem Waffenstillstand kommen. Der Vorschlag ist aber zeitlich begrenzt: bis zum 17. Juni.

Wird sich die französische Regierung bis dahin entschließen können, mit den algerischen Nationalisten zu verhandeln? Hat sie die Hände frei, eine wirklich liberale Politik durchzuführen? Marokko-Franzosen, darunter hervorragende Persönlichkeiten, wie Professor Charles-André Julien von der Pariser Sorbonne, Dekan der Philosophischen Fakultät an der Universität von Rabat, haben es gewagt, in einem "Offenen Brief" an de Gaulle die Anerkennung der algerischen Unabhängigkeit zu verlangen. Endlich haben also in Nordafrika lebende Franzosen den Mut gefunden, gegen die Säbelrassler die Stimme der Vernunft zu erheben. Darob großer Zorn, nicht nur bei den Ultras, sondern auch bei der französischen Botschaft in Rabat.

Der marokkanische König machte seinerseits einen anderen Schritt, der öffentlichen Meinung Frankreichs entgegenzukommen: auf seiner "Wallfahrt" zu den Orten, an welchen er vor einigen Jahren Gefangener Frankreichs war - Korsika und Madagaskar -, brachte er den französischen Adjutanten Cacciaguerra mit, der seit zwei Jahren Gefangener der südmarokkanischen irregulären Truppen war. In Madagaskar verlangte Mohammed V. in einer Botschaft an de Gaulle für Algerien ein ähnliches Statut wie Madagaskar, also staatliche Autonomie im Rahmen der "Communauté". Kann und will die französische Regierung in diesem Sinne handeln?

Es gab dieser Tage einen kuriosen Dialog zwischen de Gaulle und einer ultra-nationalistischen Menge in Pau. Die südwestfranzösische Kleinstadt nahe der spanischen Grenze war im vorigen Jahr ein Zentrum finsterner Umtriebe. Hier stürmten Fallschirmjäger mit faschistischen Zivilisten und mit der Komplizität des örtlichen Militärkommandos das Gewerkschaftshaus. Von hier sollten die "Paras" ihren Marsch auf Paris antreten.

Die französischen Kolonialisten und Faschisten (Poujadisten, Pétainisten, "Volksbewegung des 13. Mai", "Bewegung Algérie-Française", "Jeune Nation", sowie der rechte Flügel der Gaullisten.) fordern die vollständige "Integration" Algeriens, d.h. den vollständigen Anschluß, die Einverleibung, "Groß-Frankreich von der Sahara bis Dünkirchen". Das bedeutet praktisch Verewigung und Ausdehnung des Algerien-Krieges auf die beiden anderen nordafrikanischen Länder, Tunesien und Marokko.

Führende französische Wirtschaftskreise sind aber für die früheste Beendigung des Algerien-Krieges durch Waffenstillstands-Verhandlungen mit den algerischen Nationalisten, für Zusammenarbeit mit den Regierungen Tunesiens und Marokkos, für die Ermöglichung eines "besonderen Plat-

zes" Algeriens, sowohl innerhalb der "Französischer Gemeinschaft" (Communauté) als auch innerhalb der kommenden "Nordafrikanischer Föderation" (Tunesien - Algerien - Marokko). Diese liberalen Absichten, die im höheren Interesse des französischen Kapitalismus liegen, wurden und werden von den Ultras sabotiert und teilweise torpediert. Es ist jetzt so weit, daß de Gaulle von diesen Kreisen ganz offen als "Verräter" bezeichnet wird, der "schlimmer als Mendès-France" sein soll.

Das ergibt dann folgenden "Dialog":

De Gaulle: "Wir sind in Algerien mit den Algeriern aller Gemeinschaften".

Die Menge: "Algérie-Française! Algérie-Française!"

De Gaulle: "... wir sind mit der "Afrikanischen Gemeinschaft", wir sind im Atlantik, im Pazifik, im Indischen Ozean, wir sind ein großes Land, das niemandem etwas schuldet ..."

Die Menge: "Algérie-Française!"

De Gaulle: "Das französische Volk ist nicht unglücklich ..."

Die Menge: protestiert.

De Gaulle: "Mein, das französische Volk ist nicht unglücklich, es gibt viele andere, die riesige Schwierigkeiten haben. Wir haben keinen Grund, den Kopf zu beugen, vor wem immer ..."

Die Menge: "Burgiba an den Galgen".

De Gaulle: "Unsere einzige Frage ist jetzt unser wirtschaftlicher Aufschwung, denn das bedeutet Wohlstand. Und darauf vertraue ich, nach allen, was ich gesehen habe".

Der Sinn dieser sonderbaren "Geheimsprache", die de Gaulle seit Monaten gebraucht, um die öffentliche Meinung "vorzubereiten" und um Faschisten und Militärs nicht zu "reizen", lautet: 1) Algerien ist kein "Bestandteil" Frankreichs, wir sind "mit" Algerien (in einer Communauté), wie auch mit anderen Ländern im Pazifik oder im Atlantik. Die chauvinistische Menge protestiert dagegen mit den Rufen: "Algérie-Française". 2) Die gegenwärtige Austerität sei nicht so schlimm, das französische Volk sei nicht "unglücklich". Die Menge protestiert. Hier besteht die Gefahr, daß die allgemeine Enttäuschung über die Sozialreaktion von den Rechtsextremisten ausgenutzt wird. 3) De Gaulle versucht schließlich, begreiflich zu machen, daß Frankreich "stark" genug ist, um auf Kolonien verzichten zu können. Das Land müsse vor allem seine eigenen Produktivkräfte entwickeln und brauche keine Minderwertigkeitskomplexe zu haben. Die Menge deutet seine Worte in entgegengesetzter Richtung und brüllt "Burgiba an den Galgen", also Unerschicklichkeit und Ausdehnung des Krieges in Nordafrika.

Einer der Drahtzieher der französischen Kriegspartei, der frühere Generalresident in Tunis und Rabat, General Boyer de Latour, schreibt in der gaullistischen Wochenzeitung "Carrefour", der tunesische Staatschef sei ein "fröcher Lügner" und "Dieb". Abbruch der Beziehungen mit Tunis und Rabat bringe "mehr Vorteile als Nachteile": besser ein offener Feind, als ein falscher Freund". Mit anderen Worten: "Viel Feind, viel Ehr!". Wenn de Gaulle wirklich verhandeln will, muß er zuerst die Kriegspartei im eigenen Lager bändigen.

### Otto Hahn achtzig Jahre alt

Der Nestor der Kernforschung erlebte den Mißbrauch seiner Entdeckung

sp - Otto Hahn, der Nestor der Kernforscher, wird am 8. März achtzig Jahre alt. Er blickt auf ein Leben zurück, das ihm und der Menschheit eine der größten Entdeckungen brachte, die je vollzogen wurden. "Es war ganz und gar zufällig, als wir dieses Zerplatzen von Kernen des schwersten der Elemente, des Urans, beobachteten", so schildert Otto Hahn den Vorgang, der weiter zu Erkenntnissen der möglichen Freisetzung von ungeheueren Energien führte. Ihr Mißbrauch hatte die Schaffung der furchtbaren Vernichtungswaffen zur Folge, die seit mehr als einem Jahrzehnt in den Arsenalen des westlichen Blocks und der Sowjets aufgespeichert werden. Die Mächte erreichten damit, daß sie je Kopf der Erdbevölkerung die Sprengkraft von rund fünfzehn Tonnen Trinitrotoluol zur sicheren Vernichtung allen Lebens auf unserer Planeten zu ihrer Verfügung wissen.

Otto Hahn hat in keiner Weise diese Entwicklung gefördert. Im Gegenteil: Er bedauert sie tief. Seine Arbeit galt seit seinen Assistentenjahren in London und später in Montreal, Kanada, bei dem "großen Alchemisten" Professor Ernest Rutherford der reinen, unverfälschten Wissenschaft und vor allem den Phänomenen ganzer Genealogien der radioaktiven Zerfallsreihen.

Mit der ersten Wahrnehmung vollzogener Kernspaltungen, gewiß das bedeutsamste Ereignis im Leben des Forschers, begann das Atomzeitalter. Das war vor zwanzig Jahren. Dieses "Zerplatzen" von Atomen warf alle Erfahrungen der Physik um. Der Atomkern bildete nicht mehr jene Festung im Mikrokosmos, die niemals eingenommen werden konnte. Otto Hahn erlebte den Mißbrauch seiner Entdeckung. Er setzte deshalb auch seinen Namen unter das "Göttinger Manifest", das die Entschlossenheit der achtzehn Unterzeichner betort, niemals an der Entwicklung von Kernwaffen mitzuarbeiten. Mit siebzehn anderen prominenten Physikern wandte sich Otto Hahn 1957 auch gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. "Dieses Manifest behält seine Gültigkeit, dem ist nichts hinzuzufügen!"

Der Forscher betrachtet sein Leben als erfüllt. Ihm wurde die höchste wissenschaftliche Ehrung, die Verleihung des Nobelpreises für Chemie des Jahres 1944, zuteil. Als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften sieht er seine Aufgabe darin, eben die Wissenschaften bis zum letzten Atemzug zu fördern. Das war stets das höchste Anliegen dieses wahrhaft großen Geistes.

## Jugendkriminalität und Publizistik

Die Arbeiterwohlfahrt führte am 5. März ds. Js. in Frankfurt/M. eine Konferenz mit Pressvertretern und Sachverständigen der Jugendgerichtsbarkeit und des Jugendstrafvollzuges durch, um zu erörtern, wie die Berichterstattung über Prozesse gegen straffällige Jugendliche in Presse und Rundfunk eine Wandlung erfahren könnte. Hochinteressante Ausführungen, die hier auszugsweise wiedergegeben sind, machte dabei der Frankfurter Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer.

Neben Kriminalfilm und Kriminalroman, die eine breite Öffentlichkeit mit Heißhunger begehrt und verschlingt, ist der Appetit des Publikums deutlich auch auf Polizei- und Gerichtsberichte gerichtet. So gut wie alle Zeitungen der ganzen Welt haben sich dem Publikums-geschmack angepasst; die paar Zeitungen wie Christian Science Monitor, die noch nie einen Polizei- oder Gerichtsbericht gebracht haben, sind in der Kulturgeschichte der Gegenwart als besondere Raritäten im einzelnen aufgeführt. Die populäre Beliebtheit der Polizei- und Gerichtsberichte ist freilich auch von Sachverständigen in Zweifel gezogen worden.

Ist die heutige Jugend wirklich schlecht?

Nehmen wir die Reportage über die Jugendkriminalität. Sie gibt den Erwachsenen einen willkommenen Anlass, auf die seit eh und je "guten alten Zeiten" hinzuweisen, obwohl heutzutage die "guten alten Zeiten" mit den Jahren tiefster Erniedrigung und höchster Kriminalität in Deutschland zusammenfallen und den Erwachsenen eher Gelegenheit zu einem "mein Sohn, ich habe gefehlt" geben könnten und sollten. Die oft ungewöhnlich starke Animosität der Generation der Erwachsenen hierzu-lande gegenüber einer Jugend, die anders ist, ja, die hoffentlich anders und besser handelt als die ältere Generation, kann zu einem guten Teil mit der leidigen, unsere Zeit schwer vergiftenden Erscheinung begründet werden, dass die vorausgegangenen Jahre schwersten Unrechts noch immer nicht bewältigt sind. Schematisierende und häufig vergrößerte Berichte über die Jugendkriminalität unterstützen so die bewussten oder häufig unbewussten oder unterbewussten Ablenkungsmechanismen der weitgehend klamierten Generation der Alten. Sie können so der Befriedigung psychischer Bedürfnisse dienen, die auch staatspolitisch wenig erfreulich sind.

Die Abwertung der jungen Menschen, die Erweckung des Anscheins, sie seien nicht nur anders, sondern "schlechter", Delinquenz und Kriminalität seien typisch für sie, die Diffamierung junger Menschen als "Halbtarke" und was dergleichen mehr ist, schaffen weiter ein Klischee, dessen Gefährlichkeit nicht nachdrücklich genug betont werden kann.

In Anlehnung an die amerikanische Soziologie sprechen wir von einer "self-fulfilling prophecy". Zu deutsch: Die Behauptung und Voraussage, die Jugend sei "schlecht", bestätigt sich, weil die Jugend sich dem Vorurteil anpasst. Sie ist nicht schlecht, sie folgt erst der stereotypen Vorstellung; sie wird es.

Der psychologische Mechanismus junger Menschen, die uns hier interessieren, wird auf verschiedene Weise induziert. Jeder, nicht zuletzt der junge Mensch in der heutigen Zeit, in der die sozialen Verhaltensstandards von den Massenkommunikationsmitteln ins Haus geliefert

werden, wünscht modisch zu sein, und wenn es Mode ist, "halbstark" und delinquent zu sein, so kleidet man sich "halbstark" oder delinquent. Hierzu kommt der bewusste oder unterbewusste Gegenschlag der Jugend auf die ihr durch die falschen Klischees widerfahrene Kränkung. Man kann die Schablone Lügen strafen, man kann sie auch aus verletztem Stolz, aus Wut wahr machen. Aggressivität führt leicht zur Gegenaggressivität.

#### Die Bedeutung von Presse und Rundfunk für das Recht

Als Sling, der führende Gerichtsberichterstatler der Weimarer Jahre und Redakteur der Vossischen Zeitung, sein Buch "Richter und Gerichte" herausgab, schrieb Gustav Radbruch, der unvergessene Strafrechtslehrer jener Jahre, das Vorwort. Er wünschte Reportagen, die dem Gehalt an tragischen oder kuriosen Menschlichkeiten, dem Reichtum ethischer Kasuistik, der Fülle der Einsichten in Mängel des Rechts und seiner Handhabung gerecht werden. "Das Gesetz umreißt mit scharfer Kontur strafbare Tatbestände. Der Prozess richtet den engumgrenzten Lichtkegel seines Scheinwerfers auf einzelne strafbare Handlungen; aber man darf, ohne sehr paradox zu werden, sagen: es gibt keine einzelnen Handlungen, es gibt nur die beharrende Ganzheit eines Menschen oder vielmehr, es gibt nur die fließende Ganzheit seines Lebens. Das Leben und der Mensch ist nicht aus einzelnen Handlungen zusammengesetzt, ebensowenig wie das Meer aus einzelnen Wellen besteht. Die einzelnen Handlungen sind nur ineinander verfließende Bewegungen eines unteilbar Ganzen". So lange wir "Täter" strafen, nicht Menschen behandeln, so lange - schliesst Radbruch - gibt es kein gerechtes Recht.

Die Kritik an der Presse, am Strafrecht und an der Justiz fliesst bei ihm zusammen. Die Presse besitzt die grössere Elastizität und Liberalität, sie mag mit gutem Beispiel vorangehen. Vieles wird entgiftet, viel offene und geheime Aggressivität der Öffentlichkeit und der Täter wird gemildert, wenn Presse und Rundfunk den inneren und äusseren Ursachen der Kriminalität nachgehen, gerade bei jungen Menschen die Wurzel ihres Tuns blosslegen, ihre Vereinzelung, ihre Sehnsucht nach Kameradschaft, ihr immer wieder deutlich werdendes Bedürfnis, sich an- und aufzuschliessen, das Fehlen von Wärme und Geborgenheit in der Familie von heute, die falschen, auf äusseren Erfolg und auf blosse Verbrauchschancen gerichteten Werttafeln unserer Gesellschaft. Vorstehen heisst Wege finden, die Umwelt und damit die Menschen zu ändern.

#### Tragt die Wirklichkeit an den Menschen heran!

Ein weiteres: Die Menschen sehnen sich nicht nur nach Reportagen über Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht, über Mord, Raub und Diebstahl am laufenden Band. Sie haben auch ein Bedürfnis, das Gute, wahre Menschlichkeit im kleinen und kleinsten zu erfahren, von Hilfe, Dienstbereitschaft, Freundlichkeit und Gefälligkeit im Alltag zu hören. Was wäre unser Leben ohne die wärmenden Strahlen einer guten Tat? Ich wünsche nicht eine erlösende Traumwelt romantisierender Schulzen in Presse und Rundfunk, aber die bescheidene Geschichte von kleinen Mann und ihr kleinen Frau, vom jungen Mann und vom jungen Mädchen, die in einer mechanisierten und technisierten Zeit nicht vergessen, Mensch zu sein und das Menschliche zu tun. Viel wäre gewonnen, wenn unsere Presse sich bemühte, dieser Wirklichkeit den gleichen Raum zu geben wie dem Verbrechen, wenn Zeitungen und Rundfunk begähren, nicht nur das Böse zu strafen, sondern das Gute zu loben. Pädagogisch, psychologisch, mentalhygienisch, sozial und - medienbogen - kriminalpolitisch wäre vieles erreicht.



Was hat Herr Dr. Schröder zu verbergen?

Von W. Jansen

Mit wahrer Engelsgeduld bemüht sich der Bundestagsausschuss für Inneres, Kenntnis von einigen Unterlagen zu erhalten, hinter denen niemand mehr etwas Geheimnisvolles vermuten würde. Nach der einstweiligen Verfügung gegen die Zeitschrift "Stern" wegen des Artikels "Wer schützt uns vor Verfassungsschutz?" forderten die SPD-Mitglieder des Ausschusses das Erscheinen des Innenministers und eine Diskussion über den umstrittenen Artikel. Das war am 18. Februar. Am 19. Februar erschien zwar der Minister, gab aber nur sehr fragmentarische Erklärungen ab und versprach, in der nächsten Sitzung weiter zu berichten. Es wurde Vertraulichkeit vereinbart und tatsächlich ist über den Inhalt seiner Mitteilungen nicht das Geringste an die Öffentlichkeit gekommen. Minister Dr. Schröder hätte also guten Mutes sein und vertrauensvoll alle Aufschlüsse geben können, die die Ausschussmitglieder wünschten. Er tat es nicht.

Als der Ausschuss am 25. Februar wieder zusammentrat, fehlte Herr Dr. Schröder. Die Ausschussmitglieder forderten daraufhin Einblick in den Wortlaut des Antrages auf eine einstweilige Verfügung gegen den "Stern", den Wortlaut seines Strafantrages gegen den "Stern" und den Wortlaut des Urteils des Amtsgerichts Hamburg gegen den "Stern". Während der wesentliche Inhalt des Hamburger Urteils durch die deutsche Presse ging, hielt Verfassungsschützer und Jurist Dr. Schröder die Vorlage dieser Dokumente selbst in der Vertraulichkeit des Ausschusses - die sich bereits bewährt hatte! - für einen "Eingriff in ein schwebendes Verfahren." Er lehnte die Vorlage ab. Dar darüber erboste Ausschuss kam wegen der lang dauernden Bundestagsdebatte nicht mehr dazu, wie zunächst beabsichtigt, noch am gleichen Nachmittag in einer Sondersitzung die Frage erneut zu behandeln. So stand die Frage am 4. März, als die nächste Ausschuss-Sitzung anhub. Wieder kam Herr Dr. Schröder, noch schickte er die erbetenen Dokumente. Dem Ausschuss blieb nichts anderes übrig, als auf seine nächste Sitzung zu hoffen.

So liegen die Dinge zur Zeit. Wenn der Bundesinnenminister allerdings geglaubt hat, diese Dinge würden sich durch langes Lagern von selbst erledigen, so irrt er. Seine beharrliche Weigerung, relativ harmlose Dokumente vorzulegen, nährt den Verdacht, dass nicht nur beim Verfassungsschutz, sondern auch bei den Maßnahmen des Innenministers gegen den "Stern" einiges blamabel ist. Dr. Schröders Dickfelligkeit lässt die Frage aufkommen, ob er etwas zu verbergen hat. Solche Überlegungen existieren bereits und gar zu leicht wird Schlimmes vermutet, wo vielleicht nur Feinliches geschehen ist.

Ein solcher Zustand ist unerträglich. Fragen des Verfassungsschutzes mögen vielleicht delikat sein und Vertraulichkeit verdienen. In den zuständigen Gremien hingegen muss Klarheit herrschen. Die Affäre mag dem Bundesinnenminister peinlich sein - gewiss. Er sollte sie aber durch seine Verweigerung einer sachlichen und vertraulichen Unterrichtung des Ausschusses nicht noch peinlicher für sich selbst machen und er sollte zugleich den Organen des Parlaments gegenüber jenen Respekt bezeigen, der ihnen in einem demokratischen Staatswesen zukommt.

Wer Bundestagsausschüsse missachtet, missachtet auch den Bundestag. Wer aber den Bundestag missachtet, missachtet zugleich die Verfassung - und eignet sich sehr, sehr schlecht zum Verfassungsschützer!

+ + +  
Verantwortlich: Günter Karkscheffel